

Matthias Mieres

MAGAZIN



Deutschland nach den drei Landtagswahlen – Aufbruch- oder Katerstimmung?

Die Überschrift klingt nach einer nicht ernst gemeinten Frage. Woher sollte - aus Sicht der SPD – nach den drei zurückliegenden Wahlen eine positive Aufbruchstimmung herkommen? In Sachsen-Anhalt hat die AfD nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt, in Berlin hat die Linke klar gewonnen, und die SPD ist auf Platz 5 gelandet. In Mecklenburg-Vorpommern hat Manuela Schwesig eine großartige Aufholjagd hingelegt und wird trotz Verlusten wohl auch weiterhin das Land regieren. Aber auch hier muss klar gesagt werden, dass die AfD mit 38% als stärkste Kraft

gewonnen hat. Deshalb ist das Ergebnis im Norden auch kein Grund zur Entwarnung, wenn es um den gefährlichen Trend zu extremen bis extremistischen Parteien geht. Und um die damit verbundene Abwendung vieler Menschen von den Parteien der Mitte.

Dennoch meine ich die Frage in der Überschrift nicht rhetorisch. Natürlich sind meine, sind unsere Gefühle beim Blick auf diese Ergebnisse schlimmer als so mancher Kater. Aber auch ein übler Kater geht vorbei, und danach müssen wir uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in Berlin

dransetzen, die Reformen bei Rente, Pflege, Steuern und Gesundheit zu verhandeln und beschließen, die das Land braucht. Und die die Menschen auch von uns erwarten.

Die teils sehr laut geäußerte Kritik an einzelnen Punkten bei vollzogenen oder geplanten Veränderungen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass von einer breiten Mehrheit Reformen erwartet werden. Und die Mehrheit der Bevölkerung möchte vor allem eine stabile, handlungsfähige Regierung. Ich sehe da keinen Spielraum für Selbstmitleid oder gar Häme gegenüber der CDU in Bezug

auf das Ansehen von Merz und das Scheitern an der 5%-Hürde in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist daher gut, dass wir uns als SPD nach den Wahlen am 20. September zu dieser Koalition bekannt haben.

Ein „Weiter so“ wie vor den Wahlen darf es aber nicht geben, wenn wir nach dem Kater tatsächlich einen Aufbruch wollen. Das bedeutet für mich zwei wichtige Aufträge an die Regierung und an uns als Abgeordnete der Koalitionsfraktionen:

1. Die geplanten Reformpakete sollten nicht aufgeschnürt, aber trotzdem klar nachjustiert werden. Punkte, die zu Recht als falsch und ungerecht empfunden werden wie z. B. die Krankschreibung ab Tag 1 oder eine zu schnelle Abschaffung der s. g. „Rente mit 63“ müssen verbessert werden. Es geht um Gerechtigkeit bei den Reformvorhaben, und um das Signal, dass wir nicht beratungsresistent sind, wenn es um berechtigte Kritik geht. So sehe ich bei der schon erwähnten abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren, dass viele Menschen Ende 50 oder Anfang 60 bereits ihre Lebensplanung darauf ausgerichtet haben. Diese Menschen dürfen wir nicht im Stich lassen, da müssen lange Übergangsfristen her.

2. Die Kommunikation – insbesondere des Bundeskanzlers – muss besser werden. Wenn man den Menschen immer wieder vermittelt, sie seien faul und Teil des Problems (nicht der Lösung), dann muss man sich nicht wundern, wenn alles pauschal abgelehnt wird, was von einer Regierung unter diesem Kanzler kommt. Wir sollten nicht tadeln, nicht belehren, wir müssen erklären und überzeugen. Dafür muss zu jedem Zeitpunkt klar sein, worauf wir hinarbeiten, mit welchem Ziel wir Maßnahmen ergreifen. Gerade bei Kürzungen ist das sehr wichtig.

Ich bin zuversichtlich, dass zumindest wir bei der SPD verstanden haben, was jetzt notwendig ist, und das auch hinbekommen werden.

Größere Sorgen macht mir, dass in allen drei Bundesländern Parteien vom linken und rechten Rand die meisten Stimmen erhalten haben. Die Parteien der Mitte sind die Verlierer. Bei dem Ergebnis der Linken in Berlin sehe ich, dass die Menschen sich vor allem eine echte Chance auf bezahlbare Mieten erhoffen. Das kann ich verstehen und bewerte daher das Ergebnis anders als die Gewinne der AfD in den beiden anderen Ländern:

Die AfD bietet sich als vermeintlich bürgerliche Kraft rechts der Mitte an und wird nicht müde, sich als rechtschaffen, sympathisch und wahrhaft demokratisch zu inszenieren. Was man auch an dem Auftreten der drei Spitzenkandidaten in den Ländern gesehen hat. Aber kaum kratzt man unter der gefälligen Oberfläche, kommt das gleiche verlogene, rassistische, latent oder offen gewaltbereite Denken und Handeln zum Vorschein. Deshalb müssen wir laut und stark bleiben und dürfen nicht nachlassen, diese Partei inhaltlich und politisch zu bekämpfen. Und ich bin zudem sehr froh, dass es inzwischen auch in der CDU Stimmen aus der vorderen Reihe gibt, die Bereitschaft zeigen, sich mit uns und den Grünen in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe auszutauschen. Da würde es darum gehen, wie man die AfD auch juristisch angehen kann, ggf. bis hin zu einer Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens.

Mein Fazit: Die Wahlen waren leider mehr als nur ein Denkmittel für die Regierung. Wir haben aber jetzt eine echte Chance, etwas Gutes voranzubringen, was dem Land hilft und den Menschen wieder Vertrauen in unsere Demokratie gibt. Ich werde meinen Teil dazu beitragen, dass das gelingt.



Praktikant Jason im Team Mieves

Hallo, ich bin Jason und komme aus dem Wahlkreis von Matthias. Mit meinen 20 Jahren blicke ich bereits auf einen sehr vielseitigen und internationalen Weg zurück. Insgesamt habe ich sechs Jahre im Ausland gelebt und dort wertvolle Erfahrungen gesammelt. Für den Freiwilligen Wehrdienst, den ich seit 2025 bei der Bundeswehr leiste, zog es mich schließlich wieder nach Deutschland. Diese Zeit im Dienst prägt mein Verständnis von Verantwortung, Kameradschaft und klaren Strukturen maßgeblich. Da ich langfristig meinen Fokus auf die Wirtschaft richte, folgt im nächsten Jahr der Übergang in ein betriebswirtschaftliches Studium.

In meiner Freizeit bin ich am liebsten auf dem Gravel Bike oder beschäftige mich mit Sport und Fitnesstraining.

Das Praktikum bei Matthias und seinem Team im parlamentarischen Betrieb war für mich eine unglaublich intensive und bereichernde Erfahrung. Ein prägender Moment war der direkte Einblick in das politische Geschehen hinter den Kulissen der Gesetzgebung bzw. Gestaltung. Intensiv in Erinnerung geblieben sind mir die Ausschusssitzungen für Digitales, da ich mich privat stark für Digitalisierung interessiere und mich diese Themen auch direkt betreffen. Ich interessiere mich dafür, wie Zukunftsfragen diskutiert werden, die uns alle in der Zukunft prägen.

Für mich als Soldat war es natürlich besonders einprägsam Verteidigungsminister Boris Pistorius live im politischen Alltag zu sehen! Die kollegiale Atmosphäre im Team und diese wertvollen praxisnahen Einblicke machen meine Zeit im Bundestag für mich zu einem echten Meilenstein.



Neues aus dem Wahlkreis



Ehemaliger NATO-Flugplatz Sembach wird nicht reaktiviert

Gute Nachrichten für Sembach: Der ehemalige NATO-Flugplatz wird nicht für militärische Zwecke reaktiviert. Damit ist der Weg frei, die geplante gewerbliche Entwicklung des Geländes weiter voranzutreiben.

Das sind wirklich gute Nachrichten für Sembach und die ganze Region. Jetzt haben wir Klarheit und können die geplanten Entwicklungsprojekte wieder mit voller Kraft angehen.

Im Zuge des Aufwuchses der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz waren verschiedene Liegenschaften auf eine mögliche militärische Nutzung geprüft worden. Dazu gehörte auch der ehemalige NATO-Flugplatz Sembach. Die geplante Vermarktung des Geländes musste deshalb zunächst ausgesetzt werden.

Gemeinsam mit der Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn, Silke Brunck, und dem Ortsbürgermeister von Sembach, Peter Beutler, habe ich mich für eine schnelle Klärung eingesetzt. Nun hat uns das Bundesverteidigungsministerium mitgeteilt, dass nach einer vorgezogenen Prüfung eine vorzeitige Freigabe des Geländes möglich ist.

Alle Beteiligten und ich freuen uns riesig über dieses Ergebnis. Wir haben gemeinsam an einem Strang gezogen und können jetzt wieder nach vorne schauen. Mein Dank gilt Peter Beutler, Silke Brunck und auch Minister Schwickert (RLP) für die gute Zusammenarbeit. Für Sembach ist das eine richtig gute Nachricht und vor allem eine gute Perspektive für die weitere Entwicklung.



Hier war ich auch (Teil 1):



Mobiles Büro in Göllheim



Mobiles Büro in Alsenz



Mobiles Büro in Albisheim



Paritätischer Wohlfahrtsverband
in Kaiserslautern



Firma AlSCO in Kaiserslautern



Westpfalz-Klinikum in
Kaiserslautern



Neues aus Berlin

Hausärztliche Versorgung zwischen Spargesetz und Primärversorgung

In den vergangenen Wochen wurde viel über das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz diskutiert. Auch aus Hausarztpraxen und deren Patientinnen und Patienten erreichen mich kritische Rückmeldungen. Das nehme ich ernst. Gerade bei uns in der Westpfalz wissen wir, wie wichtig eine Hausarztpraxis in erreichbarer Nähe ist. Wenn die nächste Praxis einige Orte entfernt liegt oder keine Nachfolge gefunden wird, ist das keine abstrakte gesundheitspolitische Debatte, sondern ganz konkreter Alltag.

Gleichzeitig müssen wir über die Finanzierung unseres Gesundheitswesens sprechen. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung steigen seit Jahren deutlich. Am Ende bezahlen das die Versicherten und ihre Arbeitgeber über höhere Beiträge. Deshalb müssen alle ihren Beitrag zur Stabilisierung leisten. Uns war dabei wichtig, die Lasten auf mehrere Schultern zu verteilen.

Für die Hausärztinnen und Hausärzte bedeutet das nicht, dass sie weniger Geld bekommen. Wir verändern aber die Regeln für stark steigende Leistungsmengen und sorgen auch in der ambulanten Versorgung dafür, dass Ausgaben und Einnahmen der Krankenkassen wieder stärker zusammenpassen. Denn dauerhaft können die Ausgaben unseres Gesundheitswesens nicht wesentlich schneller wachsen als die Einnahmen der Menschen, die es mit ihren Beiträgen finanzieren.

Aber stabile Finanzen allein sichern noch keine Hausarztpraxis.

Deshalb müssen wir gleichzeitig die Versorgung verändern. Gerade für eine ländlich geprägte Region wie unsere ist das entscheidend. Wir brauchen starke Hausarztpraxen, weniger Bürokratie und bessere Bedingungen für junge

Ärztinnen und Ärzte, die eine Praxis übernehmen oder neu gründen wollen.

Und wir müssen die vorhandene ärztliche Zeit besser nutzen. Genau hier setzt die Diskussion über ein neues Primärversorgungssystem an.

Hausärztinnen und Hausärzte sollen darin eine zentrale Rolle spielen. Aber sie müssen nicht jede Aufgabe alleine übernehmen. Die 116117, digitale Ersteinschätzungen, Apotheken, Pflegekräfte und andere Gesundheitsberufe können ebenfalls erste Anlaufstellen sein und mehr Verantwortung übernehmen. Eine Impfung muss beispielsweise nicht zwingend in einer Arztpraxis stattfinden.

Das klingt zunächst nach einer Strukturdebatte aus Berlin. Für die Menschen vor Ort ist die Idee dahinter aber sehr einfach.

Wer eine Ärztin oder einen Arzt braucht, soll schneller einen bekommen. Und unsere Hausärztinnen und Hausärzte sollen mehr Zeit für diejenigen haben, die ihre medizinische Erfahrung wirklich brauchen.

Deshalb gehören für mich das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz und die kommende Primärversorgungsreform zusammen. Wir müssen heute dafür sorgen, dass unser solidarisch finanziertes Gesundheitssystem bezahlbar bleibt. Gleichzeitig müssen wir es so modernisieren, dass auch morgen noch eine gute medizinische Versorgung in Stadt und Land möglich ist.

Genau daran werde ich die nächsten Reformen messen. Gute Gesundheitsversorgung darf weder vom Geldbeutel noch von der Postleitzahl abhängen.



Hier war ich auch (Teil 2):



Kieferorthopädische Praxis - KFO
Lautern in Kaiserslautern



Realschule Plus in Rockenhausen



Mobiles Büro in Kaiserslautern-
Erfenbach



Sitzung des SPD-
Gemeindeverbands Otterbach-
Otterberg in Otterberg



Akkuzugwerkstatt in
Kaiserslautern



"Gesprächekiosk" der Friedrich-
Ebert-Stiftung in Göllheim



Medienecho zu meiner politischen Arbeit:

DIE RHEINPFALZ

KAISERSLAUTERN

R Plus Industrielle Wäscherei AlSCO im IG Nord sieht keine Alternative zu Erdgas

Bundestagsabgeordneter sagt Unterstützung zu

Bei einem Betriebsbesuch am Montag hat der Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves der Geschäftsführung Unterstützung zugesagt. Spielraum sehe er vor allem in einer Schutzklausel, die aktuell noch nicht umfassend geregelt sei. Der SPD-Politiker plädiert für einen Vorlauf von zehn Jahren unter Einbeziehung aller Beteiligten. Zudem sei es denkbar, bei staatlichen Maßnahmen energieintensive Dienstleister dem produzierenden Gewerbe gleichzusetzen. Vor Ort will sich Mieves dafür einsetzen, bei der „vertieften Planung“ des Gasnetzes der Stadtwerke auch die speziellen Anforderungen von Dienstleistern wie AlSCO zu berücksichtigen.

Mieves: „Für Kusel wird es schon bald sehr konkret“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves wertet die Mitteilung als eine gute Nachricht, auch wenn zur künftigen Standortgröße noch keine Details genannt worden sind: „Ich gehe davon aus, dass der Standort substanziell sein wird. Kusel ist eine von fünf Liegenschaften in ganz Deutschland. Selbst ohne konkrete Zahl zeigt das die Bedeutung der Kaserne für die Bundeswehr.“ Der Wahlkreisabgeordnete geht davon aus, „dass es sehr zügig weitergeht und für Kusel schon bald sehr konkret wird“.



In Hochzeiten waren einst 1200 Soldaten in der Uffz.-Krüger-Kaserne stationiert. | Archivfoto: Eric Sayer

DIE RHEINPFALZ

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Und was bedeutet der KI-Ernstfall für Deutschland?

SPD für paralleles Netz

In der Bundesregierung werden die Warnungen durchaus ernstgenommen, sie teilte am Montag mit, dass sich der Nationale Sicherheitsrat bereits zweimal mit der Thematik beschäftigt habe. Zurecht, findet SPD-Digitalexperte Matthias Mieves (WK Kaiserslautern). „Es kommt selten vor, dass Unternehmer vor dem warnen, womit sie ihr Geld verdienen. In den vergangenen Tagen haben es vier getan“, sagte er der RHEINPFALZ. Was es nun bräuhete, seien drei Dinge: Prävention, Notfallvorbereitung und eine bessere Haftung.

„Die EU sollte im KI-Recht verankern, was die Hersteller selbst vorschlagen: eingebettete Prüfer mit garantiertem Zugang und die Befugnis, einen Marktstart zu untersagen“, so Mieves. Idealerweise sollten also Prüfer von einem internationalen Komitee oder, falls ein solches Komitee nicht zustande kommt, von der Europäischen Union Zugang zu den KI-Firmen haben, die ihre Produkte in Europa betreiben wollen.

DIE RHEINPFALZ

LAUTERECKEN

R Plus Beim „GesprächeKiosk“ stoßen Bürger auf offene Ohren



Mit dem neuen Dialogformat »GesprächeKiosk« will die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung erfahren, wo bei den Menschen in und um Lauterecken der Schuh drückt. | Foto: Sabrina Schreiner

Einsamkeit, Verkehrsinfrastruktur, Lebenshaltungskosten, Rentenreform, Denkmalschutz, Ehrenamt – das waren Themen beim „GesprächeKiosk“ der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

„Herr Huber musste leider kurzfristig absagen“, informieren Mitarbeiterinnen der Friedrich-Ebert-Stiftung, während sich die Gäste wundern, wo denn das Podest für Landrat Johannes Huber und den Bundestagsabgeordneten Matthias Mieves stehen soll. Bekommt Mieves nun einen anderen Dialogpartner? Nein. Schnell zeigt sich: Das Format ist ganz anders ausgelegt, als es die Ankündigung vermuten ließ. Es ist kein Expertengespräch, bei dem sich Besucher durch Fragen kurz einbringen können. Es soll ein niederschwelliges Angebot sein, bei dem offen miteinander gesprochen wird und alle Themen und Anliegen willkommen sind. „Wir hören zu, um zu erfahren, was die Menschen in Lauterecken und Umgebung bewegt“, erklärt Ellen Diehl, Büroleiterin des Regionalbüros Rheinland-Pfalz/Saarland der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu lange habe die Stiftung die Westpfalz nicht bedient.

DIE RHEINPFALZ

KAISERSLAUTERN

R Plus CSD Lautre: Literaturfest, Demonstration und Debatten ums Sicherheitskonzept Gegenkundgebung abgesagt

Die Veranstalter können die Entscheidung nicht nachvollziehen, nicht zuletzt, weil der CSD in die 750-Jahr-Feier der Stadt eingebunden ist. Esther Packullat vertraut mit ihrem Orga-Team darauf, dass die Sicherheitskräfte bis zum Ende der Veranstaltung Präsenz zeigen; die Zuwegungen sollen derweil mit Privatautos versperrt werden. Zusätzlich wurde der private Sicherheitsdienst ausgeweitet, finanziert durch Zuschüsse und eine Spende des Bundestagsabgeordneten Matthias Mieves. „Die Leute müssen keine Angst haben zu kommen“, sagt Packullat. Eine von einer Privatperson angemeldete Gegenkundgebung wurde Anfang dieser Woche wieder abgesagt, wie die städtische Pressestelle auf Anfrage bestätigte.

Ebenfalls bestätigt hat die Stadt, dass wie bereits im vergangenen Jahr die Regenbogenflagge auf dem Rathausvorplatz gehisst wird. „Die Stadtverwaltung setzt damit ein sichtbares Zeichen gegen Queerfeindlichkeit und für eine offene Stadtgesellschaft“, heißt es in der städtischen Mitteilung dazu. Mit der Aufgabe, ein Grußwort seitens der Stadt bei der Eröffnung zu sprechen, wurde die Gleichstellungsbeauftragte Sabine Lechner betraut. R

DIE RHEINPFALZ

KAISERSLAUTERN

R Plus Warum Firmen auf Zeitarbeit setzen

Herwig hatte sich mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Mieves (SPD) verabredet, um auf aus ihrer Sicht wachsende Probleme hinzuweisen. „Immer mehr Bewerber haben keine Ausbildung und bringen zu wenig Durchhaltevermögen mit“, schildert sie. Sie befürchtet, „dass die duale Ausbildung wackelt“. Viele, die die Schule ganz gut bewältigten, wollten studieren und zumindest den Bachelor machen. Mit der Folge, dass Betriebe keinen Nachwuchs mehr finden. Mieves unterstreicht: „Ich bin ein Fan der Ausbildung.“ Ausbildungsberufe seien extrem wichtig, um das Land am Laufen zu halten. „Eltern sollten Kinder nicht zum Studium drängen, wenn es nicht zu deren Interessen passt.“ Allerdings beobachtet er eine Trendwende. „In der Pflege gehen die Zahlen nach oben, ebenso in der Heizungs- und Klimatechnik. Es muss sich aber noch mehr herumsprechen, dass die Verdienstmöglichkeiten mit einer Ausbildung viel, viel besser geworden sind.“

Pharmastandort Deutschland stärken



Rheinland-Pfalz ist ein starker Pharmastandort. Hier wird geforscht, entwickelt und produziert. Das schafft gute Arbeitsplätze und trägt dazu bei, dass wichtige Arzneimittel zuverlässig verfügbar sind. Als Rheinland-Pfälzer ist mir deshalb besonders wichtig, dass diese industrielle Stärke eine Zukunft hat.

In den vergangenen Monaten durfte ich deshalb in der Standortkommission für die pharmazeutische Industrie mitarbeiten. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Industrie, Gewerkschaft, Forschung und weiteren Bereichen haben wir daran gearbeitet, wie Deutschland im internationalen Wettbewerb wieder attraktiver für Forschung, Produktion und Investitionen werden kann.

Dabei war mir ein Punkt besonders wichtig. Es muss einen Unterschied machen, ob ein Unternehmen Arzneimittel in Deutschland lediglich vertreibt oder hier tatsächlich forscht, produziert, investiert und gute Arbeitsplätze schafft. Wer Wertschöpfung in Deutschland schafft, sollte bessere Rahmenbedingungen vorfinden.

Die Arbeit der Kommission ist nun abgeschlossen. Jetzt kommt es darauf an, aus den Vorschlägen konkrete Politik zu machen und den Pharmastandort Deutschland langfristig zu stärken.

Mein Film-Tipp Nürnberg



Harter Stoff, aber lehrreich und spannend. So lässt sich der Film Nürnberg in einem Satz zusammenfassen. Es geht um die Zeit direkt nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Einige wichtige Nazi-Spitzenfunktionäre werden festgenommen, unter ihnen Hermann Göring. Der Psychiater Douglas Kelley soll feststellen, ob die Gefangenen verhandlungsfähig für die folgenden Nürnberger Prozesse sind. Psychiater Kelley entwickelt eine besondere Beziehung zu Göring. Dabei gewinnt der Zuschauer Einblicke in den Charakter Görings und die perfiden Methoden der Nazis. Nürnberg ist von Anfang bis Ende packend, bedrückend und aufrüttelnd. Ein bemerkenswerter Film, der ein weiteres Mal zeigt, dass wir niemals wieder Nazis an die Macht kommen lassen dürfen.

Nürnberg, ehemals im Kino, jetzt verfügbar online.



Richard-Wagner-Straße 1
67655 Kaiserslautern

0631 69550 / 0151 10377531
matthias.mieves.wk@bundestag.de
www.matthiasmieves.de

Bahnhofstraße 3a
67806 Rockenhausen

Matthias Mieves
Bundestagsabgeordneter
für die Westpfalz

